

PRESSEGESPRÄCH

mit

Mag. Thomas Stelzer

Landeshauptmann

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (D)

Leiter Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentl. Finanzwirtschaft“

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

Stv. Vorstand am Institut für Arbeits- und Sozialrecht sowie

Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien

am 12. Jänner 2023

**Wirtschaftspolitischer Jahresauftakt 2023:
Ausblick auf die OÖ Wirtschaft in Zeiten von
Teuerung und Krisen**

Mit dem heurigen wirtschaftspolitischen Jahresauftakt beleuchtet die OÖVP die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung mitsamt ihren gesellschaftlichen sowie sozialen Auswirkungen und gibt einen Ausblick auf 2023. Die OÖVP lud daher heute zwei renommierte Experten zu einem Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Industrie und Arbeitsleben:

1. Prof. Dr. **Friedrich Heinemann** (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentl. Finanzwirtschaft“) gibt einen Ausblick auf die weiteren Entwicklungen der Teuerung, auf deren gesellschaftliche Verteilungs- und Umverteilungseffekte sowie auf absehbare Spannungsfelder in Europa infolge der Anstiege von Preisen und Zinsen.
2. Univ.-Prof. Dr. **Wolfgang Mazal** (stv. Vorstand am Institut für Arbeits- und Sozialrecht sowie Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien) präsentiert Analysen der Auswirkungen von Teuerungen auf Personen(gruppen), der damit verbundenen Herausforderungen für die Politik sowie mögliche Antworten auf die Frage, wie unsere Gesellschaft gestaltet sein wird.

„Arbeit, Entlastung und Energie sind 2023 unsere zentralen Themen“

„Unsere zentralen Themen sind 2023 die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Entlastung der Menschen und Energiesicherheit. Mit dem Landeshaushalt, dem neuen Zukunftsfonds und dem Oberösterreich-Plan haben wir das Rüstzeug, um die Herausforderungen zu meistern“, fasst Landeshauptmann Thomas Stelzer zusammen und ergänzt: „Wir wissen, dass wir viele Entwicklungen rund um uns nicht beeinflussen können. Aber wir helfen, wo Hilfe benötigt wird und investieren, wo sich die Zukunft des Landes entscheidet.“

Herausfordernde Wirtschaftsprognosen

Oberösterreich hat sich 2021 und 2022 mit einem Wirtschaftswachstum von 6,1 Prozent (Statistik Austria, 2021) bzw. 3,7 Prozent (Bank Austria, 2022) gut von der Coronakrise erholt. 2023 steht Oberösterreich nun vor Monaten mit voraussichtlich äußerst geringem Wirtschaftswachstum. Dies deckt sich mit dem österreichweiten Ausblick, wonach für 2023 nur geringes Wachstum prognostiziert wird. *„Die Prognosen für unseren Wirtschaftsstandort sind herausfordernd. Die Energieumstellung, die Digitalisierung und die weltpolitischen Umstände fordern die Wirtschaft und die Menschen sehr. Wir müssen uns darauf einstellen, jetzt noch mehr leisten zu müssen, um unser gewohntes Leben beibehalten zu können“,* so Stelzer.

Oberösterreich ist von den Entwicklungen besonders gefordert

Stelzer sieht Oberösterreich aufgrund der starken Verflechtung in Industrie und Außenhandel besonders gefordert. So entfallen 25 Prozent der industriellen Wirtschaftsleistung Österreichs und 25 Prozent der Arbeitsplätze in Österreichs Warenherstellung auf Oberösterreich. Mit 25,5 Mrd. Euro exportierte Oberösterreich im ersten Halbjahr 2022 insgesamt 26,6 Prozent aller rot-

weiß-roten Waren. Zudem ist Oberösterreich als Industrieland bundesweit der stärkste Nutzer von Erdgas. Die Energiepreise dürften laut WIFO ab 2024 zwar wieder nachhaltig sinken, das niedrige Preisniveau der letzten Jahre dürfte jedoch in den nächsten fünf Jahren nicht mehr erreicht werden. *„Erdgas wird noch auf Jahre eine Energie-Brücke zur Klimaneutralität 2040 bleiben. Umso wichtiger ist, dass die Speicherbestände nach Ende der Heizsaison wieder auf einen Stand aufgefüllt werden, der Oberösterreichs Betrieben lückenlose Produktion und den Haushalten lückenlose Versorgung garantiert“*, so Stelzer. *„Dahingehend sind auch der Energiekostenzuschuss 2 und die gestern beschlossenen Verfahrenserleichterungen beim Ausbau erneuerbarer Energieträger wichtige Meilensteine für eine stabile und nachhaltige Energieversorgung. Wir müssen aber weiter im Auge behalten, dass niemand mit den Energiepreisen überfordert wird. Wenn sich im Laufe des Jahres zeigen sollte, dass es weitere Unterstützungen braucht, wird es diese auch geben müssen“*, fordert Stelzer ein.

„Bei allen Unsicherheiten können wir zu Recht zuversichtlich sein“

„Bei allen Unsicherheiten können wir zu Recht zuversichtlich sein. Denn Oberösterreich stand immer wieder vor Herausforderungen und hat schwierige Zeiten gemeinsam gemeistert. Wir werden in Zeiten wie diesen darauf setzen, was wir am besten können: Mit Mut und Zuversicht wollen wir die Vorzüge Oberösterreichs zum Vorsprung für unser Land machen“, betont Stelzer. Daten der Statistik Austria bestätigen: Oberösterreich verfügt über ein starkes soziales Fundament und eine solide sozialpolitische Ausgangslage. So hat Oberösterreich im Bundesländervergleich die zweitniedrigste Wohnkostenbelastung, die niedrigste Armutsgefährdung sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kinder und Jugendlichen und gleichzeitig das zweithöchste Durchschnittseinkommen. Zudem wies Oberösterreich 2022 mit 4 Prozent die zweitniedrigste Jahresarbeitslosenrate aller Bundesländer auf.

Oberösterreich baut Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien aus

Laut den aktuellen Daten des Energieministeriums („Energie in Österreich 2022“) liegt Oberösterreich bei der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen mit 97,9 Petajoule auf Platz 2 knapp hinter Niederösterreich (105,2 Petajoule). Auf Platz 1 liegt Oberösterreich dabei in den Teilkategorien Wasserkraft, Wärmepumpen und brennbare Abfallstoffe. Dass Oberösterreich in der energetischen Transformation auf dem richtigen Weg ist, zeigen auch die Auswertungen des Umweltbundesamtes. Demnach sind in Oberösterreich im Zeitraum 2010-2020 die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen an Treibhausgasen um 14 Prozent zurückgegangen.

„2023 läuten wir eine neue Epoche im Bereich der erneuerbaren Energien in Oberösterreich ein. Wir exportieren erstmals grünen Wasserstoff made in Oberösterreich nach Bayern, es wird mit dem Bau von neuen Pumpspeicherkraftwerken begonnen und wir werden auch die Windkraft ausbauen“, gibt Landeshauptmann Stelzer einen ersten Einblick auf anstehende Projekte:

- 2023 werden erstmals 100.000 Kubikmeter grüner oberösterreichischer Wasserstoff nach Bayern verkauft. Zudem soll ab April in Gampern ein weiterer Wasserstoffspeicher der RAG Austria AG in Betrieb gehen. Ziel ist es, Wasserstoff mittelfristig kommerziell zu nutzen.
- Bereits im Sommer soll mit dem Bau des 175 Megawatt-Pumpspeicherkraftwerks Ebensee begonnen werden können.
- Darüber hinaus wird auch intensiv am Ausbau der Windkraft gearbeitet, indem bestehende Parks erweitert werden.
- Mit dem neuen OÖ Zukunftsfonds unterstützt Oberösterreich kraftvoll den Übergang zu einer klimaneutralen und digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft.
- Das neue Institute of digital Sciences Austria soll die Transformation des Standorts vorantreiben und zukunftsweisende Innovationen hervorbringen.

Teuerungen, Zinsen und überzogene Auflagen gefährden Bautätigkeit

Die Bauwirtschaft steht in Oberösterreich laut Statistik Austria (2020) für eine jährliche Wirtschaftsleistung von 4,3 Milliarden Euro sowie für 51.100 Arbeitsplätze. *„Es ist soziale Verantwortung und wirtschaftspolitische Vernunft, in Zeiten wie diesen Bauwirtschaft und Bautätigkeit mit Unterstützung der öffentlichen Hand am Laufen zu halten. Das ist für Bund, Länder und Bauträger eine große gemeinsame Aufgabe für dieses neue Jahr 2023“*, betont der Landeshauptmann. Im 10-Jahres-Durchschnitt 2012-2021 wurde in Oberösterreich pro Jahr die Errichtung von 1.954 Mietwohnungen, 630 Eigentumswohnungen und 1.584 Eigenheimen gefördert. Zur Absicherung von Bauwirtschaft und Eigentumsbildung appelliert Stelzer, die seit Sommer geltenden Wohnbaukredit-Auflagen zu entschärfen: *„Diese Beschränkungen sind überschießend, eigentumsfeindlich und ein massiver Eingriff in den Markt. Die zuständigen Gremien auf Bundesebene müssen die Richtlinie entschärfen.“*

„Auf Oberösterreich ist und bleibt Verlass“

„Wir wollen den Weg gehen, der unser Land weiterbringt: Helfen, wo die Menschen Hilfe brauchen, und investieren, wo sich die Zukunft entscheidet. Damit wir am Ende des Jahres sagen können: Egal wie die Zeiten sind, auf Oberösterreich ist und bleibt Verlass“, streicht Stelzer hervor.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann – Kernthesen zum Thema Inflation

Die sehr hohe Inflation ist im Kern durch ein Phänomen verursacht, das die Ökonomie einen „Angebotsschock“ nennt. Durch die Pandemie, die Lieferkettenprobleme und den russischen Überfall auf die Ukraine und die Folgen für die Energiemärkte hat sich das gesamtwirtschaftliche Angebot verringert. Die immer noch robuste Nachfrage trifft auf ein verringertes Güterangebot, das erzeugt Inflation.

Inflation verteilt Vermögen auf undemokratische Weise um. Verlierer sind die Eigentümer von niedrig verzinsten Geldanlagen. Hingegen haben junge qualifizierte Menschen, die noch nicht in nennenswerter Weise über Geldvermögen verfügen, wenig zu befürchten. Ihre Lohnentwicklung dürfte einen Ausgleich für die hohe Inflation bieten. Gewinner der hohen Inflation sind Schuldner und vor allem auch der Staat. Die Staatsverschuldung wird in ihrem realen Wert weginflationiert.

Der Ausblick für den weiteren Inflationsverlauf hängt kurzfristig davon ab, wie sich die Angebotsbedingungen verbessern und ob die Verfügbarkeit von Energie in Europa sich allmählich wieder verbessert. Für die nächsten Monate ist zwar mit einer sinkenden Inflationsrate zu rechnen, aber die Rückkehr zur Preisstabilität ist noch in weiter Ferne. Das Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank ist frühestens in zwei Jahren wieder erreichbar.

Langfristig hängt viel davon ab, wie glaubwürdig und unabhängig die Europäische Zentralbank wird agieren können. Hier sind die hohen Staatsschulden in der Eurozone eine schwere Hypothek. Die hohen Schulden könnten es der Europäischen Zentralbank sehr schwer machen, Inflation auf Dauer konsequent zu bekämpfen. Auch gibt es in den kommenden Jahren weitere Entwicklungen, die Inflation eher begünstigen. Dazu zählen die politisch gewollt steigenden CO₂-Preise und der demographische Wandel, der zu einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften führt.

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

Die Menschen sind verunsichert und ordnen ihre Prioritäten neu. Dies zeigt sich auch in einer Erhöhung des Stellenwerts von Familie als Ort der Stabilität. Andererseits erleben sich Familien auch verstärkt unter ökonomischem Druck, um die Inflationsfolgen zu beherrschen.

Die finanziellen Maßnahmen der Bundesregierung haben vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen guten Ausgleich von Inflationsfolgen erzielt. Der Mittelstand ist von Abstiegsängsten geplagt; dabei spielt die Furcht vor Arbeitsplatzverlust eine Rolle und die Unklarheit über die weitere Entwicklung der Kaufkraft. Auf die Mentalität „drücken“ auch die Vielzahl weiterer Hiobsbotschaften: Klimawandel, Medikamentenmangel, Arbeitskräftemangel, Kreditrestriktionen und Zinsanstieg, Entwicklung der Wohnkosten, Entwicklung der Energiekosten, Krieg, Migration, Spaltung der Gesellschaft, Kinder als „lost generation“ nach der Pandemie, Frauenmorde, sonstige Gewalt im öffentlichen Raum.

Insgesamt führt dies zum Eindruck, ohnmächtig zu sein. Die konkreten Maßnahmen der Politik scheinen dabei zu verpuffen – zum einen, weil sie im Gesetzgebungsprozess eine längere Vorlaufzeit haben, zum anderen, weil sie in der öffentlichen Debatte immer als defizitär dargestellt werden. Und schließlich, weil es für viele Treiber der Krisen rein nationale Lösungen nicht gibt, und dennoch manche Politiker so tun, als könnte die österreichische Politik sie mit einem Federstrich lösen.

Gemeinsam voranschreiten setzt einen neuen Politikstil voraus. Keine verbale Herabsetzung des politischen Gegners, und Anerkennung auch anderer politischer Positionen; Anerkennen von Zielkonflikten und daher Akzeptanz von für sich genommen unvollkommenen Lösungen; Kompromisse nicht nur als Zwischenschritt in einer Salami-taktik zu begreifen.

Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale sind vor allem bei Frauen ohne betreuungspflichtige Kinder sowie bei älteren Menschen zu finden; auch die Aktivierung von Arbeitslosen sollte als vordringlich gesehen werden.

Ob es ein gutes Jahr wird, hängt davon ab, was wir daraus machen!